

Mitteilung

im: **Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport**

Betreff: Projekt „Entwicklung eines neuen Bezuschussungssystems für freigemeinnützige Träger von Kindertageseinrichtungen“

Bezug: Vorlage 18c/2010

Anlagen: --- Bezeichnung:

Die Verwaltung teilt mit:

Am 19.03.2010 fand die sechste Projektgruppensitzung zur neuen Bezuschussung der freigemeinnützigen Träger von Kindertageseinrichtungen statt. Hauptpunkt der Sitzung war die Stellungnahme der verschiedenen Trägergruppierungen zum Verwaltungsvorschlag (siehe Vorlage 18c/2010).

Als Fazit kann festgehalten werden, dass sich keine der Trägergruppierungen dem Verwaltungsvorschlag anschließen kann.

Hauptkritikpunkte waren:

- Die Festschreibung des Zuschusses auf fünf beziehungsweise sechs Jahre. Hier wurde vor allem die Inflationsrate, die nicht abschätzbare Entwicklung der Kosten im Personalbereich, aber auch im Energiebereich, angeführt.
- Die höheren Elterngebühren, die zu 100% bei den Trägern verbleiben sollen, sind nicht kalkulierbar. Es ist ungewiss, ob in den nächsten fünf Jahren weitere Erhöhungen der Elterngebühren kommen werden.
- Die Verbesserungen der Personalausstattung durch Mittel des Landes für die Aufgaben des Orientierungsplans kommen nur Gruppen mit 3-6-jährigen Kindern und altersgemischten Gruppen zu Gute. Träger, die vornehmlich Plätze für unter dreijährige Kinder anbieten, gehen hier leer aus.
- Die Einführung der neuen Finanzierungsbedingungen, die im Abrechnungsformular zu Grunde gelegt sind, engen zu sehr ein. Es ist nach Meinung einiger Trägervertretungen nicht statthaft, dass die Universitätsstadt einseitig die Angemessenheit der Kosten für freigemeinnützige Träger definiert. Es wird von Vertretungen der Trägergruppierungen signalisiert, dass sie sich dann aus der Kindergartenarbeit zurückziehen müssten, beziehungsweise keine weiteren Gruppen mehr anbieten könnten.

Vor allem die Vertretungen der kleinen freigemeinnützigen Träger und der Kleinkindgruppen stehen auf dem Standpunkt, dass das bisherige Bezuschussungssystem nach Pauschalen für Personal- und Sachkosten nicht aufgegeben werden soll, weil dies den Trägern am meisten Entscheidungsfreiheit lässt, wofür der Zuschuss im einzelnen eingesetzt werden soll.

Trotz der grundsätzlichen Bedenken haben sich alle Projektgruppenmitglieder bereit erklärt, in Einzelgesprächen mit der Verwaltung zu prüfen, wie sich das neue Bezuschussungsmodell auf ihre Einrichtungen auswirken würde. Diese Einzelgespräche werden nach den Osterferien geführt werden. Über die Ergebnisse wird die Verwaltung berichten.